

Mitteilungen

FOLGE 230
MÄRZ 2017

DÖW-JAHRBUCH 2017

ÖSTERREICHISCHE ÄRZTE UND ÄRZTINNEN IM NATIONALSOZIALISMUS

Das Jahrbuch des DÖW ist dieses Jahr den Auswirkungen des Nationalsozialismus auf die österreichische Ärzteschaft gewidmet, wobei die große Gruppe der verfolgten – zum größten Teil – jüdischen Ärzte und Ärztinnen im Mittelpunkt des Interesses steht. Thematisiert werden aber auch das „Rassenbiologische Institut“ an der Universität Wien, verbrecherische medizinische Zwangsversuche an Häftlingen des Konzentrationslagers Dachau sowie der Umgang mit NS-Ärzten nach 1945.

Die nachfolgend abgedruckte Einleitung von **Herwig Czech** (DÖW) und **Paul Weindling** (Oxford Brookes University) zum Jahrbuch 2017 wurde leicht adaptiert bzw. gekürzt (insbesondere ist auf die umfangreichen Literaturangaben hinzuweisen, die hier aus Platzgründen wegfallen mussten).

Ohne Zweifel stellen die Jahre 1938 bis 1945 den tiefsten Einschnitt in der Geschichte der Medizin in Österreich dar. Die rasche und radikale Nazifizierung des Berufsstandes, die Vertreibung der jüdischen Ärzte und Ärztinnen (die in Wien die Mehrheit ausmachten), die entschlossene Umsetzung der nationalsozialistischen „Erb- und Rassenpflege“ mit Wien als Vorreiter, grausame Menschenversuche und schließlich die Ermordung tausender Menschen in der Psychiatrie, wobei es proportional wesentlich mehr Opfer

gab als im „Altreich“: All diese Fakten unterstreichen die Bedeutung des Themas, dem sich der vorliegende Band widmet.

Die einzelnen Beiträge gehen – mit einigen Umstellungen – auf eine Tagung zurück, die die Herausgeber gemeinsam mit Christiane Druml am 16. April 2015 unter dem Titel *Austrian Physicians and National Socialism. Historical Facts, Post-War Legacy, and Implications for Today* im Van Swieten Saal der Medizinischen Universität Wien durchführten. Dabei handelte es sich um eine gemeinsame Veranstal-

tung des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes (DÖW), der Medizinischen Universität Wien und des Naturhistorischen Museums, ermöglicht und finanziert durch CMATH (*Center for Medicine after the Holocaust* in Houston, Texas) unter der Leitung von Sheldon Rubenfeld.

Das wichtigste Ziel der Tagung bestand darin, die öffentliche Auseinandersetzung mit der Rolle der Ärzteschaft im Nationalsozialismus zu befördern, einer damals wie heute gesellschaftlich maßgebenden Berufsgruppe. Auf dem Programm standen daher nicht nur Vorträge zu entsprechenden Forschungsthemen, sondern auch Stellungnahmen von Vertretern wichtiger medizinischer Institutionen, deren Vorgängerorganisationen während des Nationalsozialismus in unethische oder gar verbrecherische Praktiken involviert gewesen waren und die sich heute um eine Aufarbeitung und kritische Positionierung bemühen.

Diese Stellungnahmen markieren keinen Endpunkt der Aufarbeitung, sondern sie bedeuten eine Positionierung der jeweiligen Autoren und deren Organisationen im Hinblick auf einen letztlich unabschließbaren Prozess der kritischen Auseinandersetzung mit der Vergangenheit. Es wird auch deutlich, dass diese Auseinandersetzung selbst in manchen Fällen bereits auf eine längere Geschichte zurückblicken kann, etwa im Fall der Medizinischen



Österreichische Ärzte und Ärztinnen im Nationalsozialismus

Jahrbuch 2017

Herausgegeben von
Herwig Czech und Paul Weindling

im Auftrag des
Dokumentationsarchivs des
österreichischen Widerstandes

Wien 2017, 303 Seiten
EUR 19,50

ISBN 978-3-901142-69-7

Universität Wien (und deren Vorgängerin, der medizinischen Fakultät der Universität Wien). Wie Wolfgang Schütz (seit 1996 Dekan und ab der Gründung der Medizinischen Universität 2004 bis 2015 deren Rektor) in seinem Statement ausführt, stellte in diesem Fall die „Pernkopf-Affäre“ in den 1990er-Jahren einen Wendepunkt dar. Auch die Ärztekammer für Wien positionierte sich bereits 1995 mit einer zweiteiligen Publikation von Michael Hubenstorf, der die weitreichenden Auswirkungen des Nationalsozialismus auf die jüdischen Ärzte und Ärztinnen, aber auch die Involvierung der Medizin in zahlreiche Verbrechen, insbesondere die Massentötung von Patientinnen und Patienten der Psychiatrie, thematisierte.¹ Wie aus dem Statement des derzeitigen Ärztekammer-Präsidenten Thomas Szekeres hervorgeht, wird dieser Weg mit der Förderung von Tagungen, Publikationen und Forschungsprojekten fortgesetzt. Die im vorliegenden Band vertretenen Fachgesellschaften repräsentieren jene Disziplinen, die am offenkundigsten in Verbrechen des NS-Regimes verwickelt waren (Ernst Berger für die Kinder- und Jugendpsychiatrie, Wolfgang Grisold und Simon Grisold für die Neurologie, Georg Psota für die Psychiatrie und Wolfgang Sperl für die Kinder- und Jugendheilkunde). Dies bedeutet nicht, dass sich nicht auch die anderen Fachgesellschaften ihrer Vergangenheit im Nationalsozialismus stellen müssten, man denke etwa an die Rolle von Gynäkologie und Chirurgie bei der Durchführung von Zwangssterilisationen oder an die Beteiligung der Inneren Medizin an verbrecherischen Humanversuchen.

Insgesamt erscheint die Feststellung gerechtfertigt, dass sich die Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit in den letzten Jahrzehnten von einer radikalen Außenseiterposition (um 1980 konnte es noch die berufliche Existenz gefährden, etwa die Verbrechen eines Heinrich Gross publik zu machen) in Richtung Mitte der etablierten Medizin bewegt hat und dass sie inzwischen mehrheitsfähig geworden ist. Dies spiegelt sich auch in entsprechenden Entwicklungen in Deutschland wider (z. B. die *Nürnberger Erklärung* des Deutschen Ärztetages 2012). Volker Roelcke, der die Stellungnahmen auf der Wiener



Viktor Frankl (4. v. l.) und Margarethe Hilferding (2. v. l.) im Rothschildspital, Wien um 1940

Die Gynäkologin und Individualpsychologin Margarethe Hilferding (geb. 1871) wurde im Juni 1942 in das Ghetto Theresienstadt deportiert und am 23. September 1942 in Treblinka ermordet.

Viktor Frankl (1950–1997) leitete ab 1940 die neurologische Abteilung im Rothschildspital; er wurde im September 1942 nach Theresienstadt deportiert und von dort nach Auschwitz überstellt; die Befreiung 1945 erlebte er in einem Außenlager des KZ Dachau.

Tagung 2015 moderierte, stellt diese in seiner Einleitung zu den Statements dar. Dem kollektivbiographischen Fokus der Konferenz entsprechend beschäftigen sich die in diesem Band versammelten Forschungsbeiträge in erster Linie mit den Auswirkungen des Nationalsozialismus auf die Ärzteschaft. Als Herausgeber ging es uns dabei weniger um eine repräsentative Zusammenstellung des in den letzten Jahrzehnten erzielten Forschungsstandes als um die Publikation neuer wissenschaftlicher Arbeiten. Es ist daher kein Zufall, dass sich gleich vier Beiträge mit der großen Gruppe der verfolgten Ärzte und Ärztinnen beschäftigen – die aktuelle Forschung widmet den Opfern offenbar die über lange Zeit eher vorenthaltene Aufmerksamkeit, auch wenn die Täterforschung dabei etwas in den Hintergrund gerät.

Den wichtigsten Beitrag der letzten Jahre zur Dokumentation von Verfolgung und Vertreibung jüdischer sowie – in zahlenmäßig weit geringerem Ausmaß – politisch missliebiger Ärzte und Ärztinnen ab 1938 stellt zweifellos ein von Ilse Reiter-Zatloukal und Barbara Sauer 2012 bis 2016 durchgeführtes Forschungsprojekt zu diesem Thema dar. Der Beitrag der beiden Autorinnen *NS-Entrechtung österreichischer Ärzte und Ärztinnen* beruht auf Ergebnissen dieses Projekts, wobei vor allem die rechtlichen und administrativen Grundlagen dieses Prozesses in bisher unerreichter Schärfe rekonstruiert werden.

Auch Daniela Angetter und Christine Kanzler konnten für ihren Beitrag („...sofort alles zu veranlassen, damit der Jude als Arzt verschwindet.“ *Jüdische Ärztinnen und Ärzte in Wien 1938–1945*) aus den Ergebnissen jahrelanger Forschungstätigkeit schöpfen. Bei ihrem an der Österreichischen Akademie der Wissenschaften angesiedelten Projekt *Das Schicksal der in Wien verbliebenen jüdischen Ärzte 1938–1945 und die Versorgung ihrer Patienten* ging es vorrangig um jene Gruppe, die als „jüdische Krankenbehandler“ unter schwierigsten Bedingungen für die Versorgung der jüdischen Bevölkerung in Wien zur Ausübung ihres Berufs zugelassen war.

Michaela Raggam-Bleschs Beitrag (*Zwischen Rettung und Deportation. Jüdische Gesundheitsversorgung unter der NS-Herrschaft in Wien*) widmet sich einem verwandten Thema, wobei die verbliebenen medizinischen Institutionen der jüdischen Gemeinde unter den Bedingungen von Verfolgung und später Deportation im Zentrum stehen. Auch hier handelt es sich um (Teil-)Ergebnisse eines rezenten Forschungsprojekts, das unter dem Titel *Topographie der Shoah. Gedächtnisorte des zerstörten jüdischen Wien* an der Akademie der Wissenschaften durchgeführt wurde.

Der vierte Beitrag zu diesem thematischen Block stammt von Renate Feikes und richtet den Blick auf das Schicksal der Vertriebenen in den wichtigsten Fluchtländern:

¹ Michael Hubenstorf, „Der Wahrheit ins Auge sehen“. Die Wiener Medizin und der Nationalsozialismus – 50 Jahre danach (Teil 1), in: Wiener Arzt 4 (1995), S. 14–27; ders., „Medizin ohne Menschlichkeit“. Die Wiener Medizin und der Nationalsozialismus – 50 Jahre danach (Teil 2), in: Wiener Arzt (1995), S. 16–30.

Von der Diskriminierung zur Vertreibung. Verfolgung und Exil der Wiener jüdischen Ärzteschaft. Die weitverzweigten Lebens- und Emigrationsgeschichten dieser Gruppe machen eine Gesamtdarstellung bis heute schwierig. Detailliertere Literaturangaben finden sich in den erwähnten Beiträgen, hier seien nur als einige wichtige Meilensteine der Aufarbeitung genannt: die einschlägige Dissertation von Judith Merinsky (*Die Auswirkungen der Annexion Österreichs durch das Deutsche Reich auf die Medizinische Fakultät Wien im Jahre 1938. Biographien entlassener Professoren und Dozenten*), der von Friedrich Stadler herausgegebene zweibändige Sammelband *Vertriebene Vernunft*, Kurt Mühlbergers Veröffentlichungen zur Vertreibung der Hochschullehrer sowie die Arbeiten zur Ärzte-Emigration von Paul Weindling, Renate Feikes und anderen. Das *Gedenkbuch für die Opfer des Nationalsozialismus an der Universität Wien 1938* (gedenkbuch.univie.ac.at) enthält Informationen über entlassene Universitätsangehörige sowie diejenigen

Ärzte und Ärztinnen, deren akademische Grade entzogen wurden (darunter der Vater des Mitherausgebers Paul Weindling). Die Pervertierung der Wissenschaft im Dienste von NS-Rassenideologie und Kriegsführung bildet den roten Faden in zwei weiteren Beiträgen. Thomas Mayer präsentiert in seinem Artikel *Die Gründung und Praxis des „Rassenbiologischen Instituts“ an der Universität Wien von 1938 bis 1945* Ergebnisse seiner 2015 approbierten Dissertation. Dabei kommen insbesondere die wissenschaftlichen und hochschulpolitischen Netzwerke in den Blick, die an diesem Prestigeprojekt der nationalsozialistischen Rassenforschung beteiligt waren.

Paul Weindlings Beitrag betrifft den wohl bekanntesten Fall verbrecherischer medizinischer Versuche mit österreichischer Beteiligung, die Dachauer Meerwasser-Trinkversuche. Obwohl diese bereits Gegenstand des Nürnberger Ärzteprozesses waren, dessen Urteil sich 2017 zum 70sten Mal jährt, fehlte bislang eine genaue historische Untersuchung dazu. Dieses Desi-

deratum wird nunmehr erfüllt, wobei Weindling aufgrund seiner jahrelangen systematischen Forschungen zu den Opfern medizinischer Experimente zum ersten Mal in der Lage ist, Namen und Herkunft der Versuchspersonen zu rekonstruieren.

Somit leistet der Band auch einen Beitrag zur Erforschung eines Bereiches, in dem mehr als 35 Jahre nach Beginn der wissenschaftlichen Befassung mit der Medizin im Nationalsozialismus in Österreich das gesicherte Wissen noch immer enorme Lücken aufweist, nämlich der Frage der konkreten Praktiken in Klinik und Forschung. Die bisher vorliegenden Arbeiten konzentrieren sich vorwiegend auf Forschung an Opfern von NS-„Euthanasie“, Zwangssterilisationen und -abtreibungen. Zu keiner der drei historischen medizinischen Fakultäten Österreichs (die heute selbständige Universitäten sind) liegt eine Gesamtdarstellung vor, der Forschungsstand zu Graz, Innsbruck und Wien ist verstreut auf einzelne Beiträge und diverse Sammelbände.

Landeshauptmannschaft Niederdonau
Z:IV/4 325/27 Wien, am 1. Juli 1938.
Ariernachweis der Gemeindeärzte, z.Z:Pr.II 2440 v.8.VI.1938. 1 Heft 3 Beilagen.

An das
Präsidium der Landeshauptmannschaft
Niederdonau.

Die Gemeindeärzte von Niederdonau wurden im Wege der Bezirkshauptmannschaften bereits mit dem h.o.Erlasse vom 4.Mai 1. J., Z:IV/4 298, aufgefordert, den Ariernachweis zu erbringen, bzw. falls sie hierzu nicht in der Lage sind, eine bezügliche Meldung zu erstatten.

Die Berichte der Bezirkshauptmannschaften sind teilweise unvollständig, teils wurde um Fristerstreckung angesucht. Folgende jüdische Gemeindeärzte bzw. Mischlinge wurden bis zum heutigen Tage anher namhaft gemacht: Bh. Amstetten:
Dr. Anton Pilss, G.A. Neuhofer a. Ybbs, Frau ist Mischling I. Gr.
Dr. Viktor Koref, G.A. in Wolfsbach, Mischling I. Grades
Bh. Baden:
Dr. Adolf Fischer, G.A. in Berndorf II, Jude (soll nach Linz übersiedelt sein)
Bh. Bruck a.L.:
Dr. Marcell Trommer, Höflein b. Bruck, G.A. Jude } eigenhändig
Dr. Gottfried Sloboda, G.A. Deutsch Altenburg, Jude } geschriebene
Bh. Floridsdorf-U. } Erklärung liegt bei
Dr. Richard Weil, G.A. Leopoldsdorf i.M., Mischling
Bh. Gänserndorf:
Dr. Richard May, G.A. Groß Schweinbarth, Jude
Dr. Franz Leo Baumann, G.A. Matzen, Jude (hat 27.V.1. J. Ansuchen um Pensionierung eingebracht)
Dr. Carl Prassé, G.A., Engelhartstetten, Frau ist Jüdin
Bh. Hietzing-Umg.:
Dr. Hermann Glaser, G.A. Vösendorf, Jude
Dr. Bernhard Billes, G.A. Siebenhirten, Jude
Dr. Aurel Gonda, G.A. Jnzersdorf b.W. Jude } haben Gesuch
Dr. Siegfried Thaler, G.A. Atzgersdorf, Jude } um Rückerst.
Dr. Gustav Neumann, G.A. Perchtoldsdorf, Halbjude } der Pens. Beitr. } eingebraucht
(hat Gesuch um Belassung eingebracht)
Bh. Horn:
Dr. Leo Scheuer, G.A. Sigmundsherberg, Jude
Dr. Ferdinand Steinitz, G.A. Horn-Umg. Jude (hat am 16.V. Gesuch um Pensionierung eingebracht)
Bh. Körneuburg:

- 2 -

Dr. Josef Firnberg, G.A. Nieder Rußbach Halbjude (Dokumente der Mutter sowie Geb. Schein fehlt noch)

Bh. Melk:
Dr. Rudolf Buchbinder, G.A. Neumarkt a.Y. Jude (hat am 4.6.1. J. um Pensionierung angesucht)

Bh. Mödling:
Dr. Hugo Strauss, G.A. Sulz i.W. Jude
Dr. Julius Wengraf, G.A. Brunn a. Geb. (ist seit 1.VI.1938 in) Jude Pension)

Dr. Alfred Strakosch, G.A. Guntramsdorf, Halbjude
Bh. Neunkirchen:
Dr. Moriz Schratzer, G.A. Neunkirchen, Jude
Dr. Otto Lederer, G.A. Neunkirchen-Umgeb. Jude (derzeit Schutzhaft)

Bh. Pöggstall:
Dr. Samuel Singer, G.A. Weiten, Jude (eigenhändig geschriebene Erklärung liegt bei)

Dr. Josef Hartel, G.A. Kirchberg a.Wg. Jude ? (Ariernachweis wurde bisher nicht erbracht)

Es wird um weitere Veranlassung im Sinne des § 3 (1) des Gesetzes vom 31.VI.1938, L.G.Bl.Nr. 160, ersucht.
Der h.o. Akt Z:IV/4 54/8 v.28.VII.1. J. betreffend Dr. Gustav Neumann, G.A. in Perchtoldsdorf ist angeschlosse.

Dokumentation
CMA

„Säuberungen“ im Bereich der Gemeindeärzte in Niederösterreich nach dem „Anschluss“ 1938

Sammelbogen, Schreiben an das Präsidium der Landeshauptmannschaft Niederdonau, 1. Juli 1938

NÖLA, Landeshauptmannschaft Niederdonau LA I/1 StZ.3962/1939

Der letzte der sieben Forschungsbeiträge beschäftigt sich mit der großen Gruppe der NS-Ärzte, die insgesamt eine Mehrheit der nach den antijüdischen Vertreibungen verbliebenen Medizinerinnen und Mediziner stellten. Unter dem Titel *Braune Westen, weiße Mäntel. Die Versuche einer Entnazifizierung der Medizin in Österreich* fokussiert Herwig Czech auf den politischen und administrativen Umgang mit dieser Gruppe nach 1945, was nicht zuletzt Rückschlüsse auf den Grad der Nazifizierung des Berufs vor dem Zusammenbruch des „Dritten Reiches“ zulässt.

Der Schwerpunkt dieses Bandes liegt auf den verfolgten Ärzten und Ärztinnen; die zahlenmäßig größere Gruppe der ideologisch vom Nationalsozialismus Überzeugten, der Mitlaufenden oder in heimlicher Opposition Befindlichen steht hingegen weniger im Fokus. Das hängt auch damit zusammen, dass systematische Forschungen zu den nicht-jüdischen Ärzten zu den größten Desiderata in diesem Themenbereich gehören. Eine Gesamtdarstellung, wie sie Michael H. Kater 1989 zur deutschen Ärzteschaft (*Doctors under Hitler*) oder Paul Weindling im selben Jahr zur Geschichte der deutschen Medizin von 1871 bis 1945 (*Health, Race, and German Politics between National Unification and Nazism*) vorlegten, fehlt für Österreich.

Michael Hubenstorf präsentierte bei der Tagung 2015 die bisher detailliertesten Ergebnisse aus seinen fortlaufenden Forschungen zur Nazifizierung des ärztlichen Berufs in Österreich, die für eine Publikation in diesem Band leider noch nicht zur Verfügung standen. Aber bereits die vorläufigen Zahlen, zusammen mit den quantitativen Angaben in Herwig Czechs Beitrag zur Entnazifizierung, ergeben ein eindrucksvolles Bild vom Grad der ideologischen Durchdringung der österreichischen Medizin. Insgesamt wurden 60,4 Prozent der österreichischen Ärzte (und Ärztinnen) Mitglied der NSDAP oder einer ihrer Organisationen, 8,2 Prozent der männlichen Ärzte waren bei der SS. Von keinem anderen Berufsstand sind höhere Zahlen dokumentiert.

Das Feld der Medizin war bereits lange vor 1938 ideologisch heiß umkämpft und politisch stark polarisiert; Antisemitismus – aus rassistischen Motiven und solchen der ökonomischen Konkurrenz – war weit verbreitet und behinderte die Karrierechancen für jüdische Ärzte und Ärztinnen. Über lange Jahre aufgebaute Ressentiments entluden sich nach dem deutschen Einmarsch innerhalb kürzester Zeit. Nationalsozialistische Ärzte hatten offenbar lange auf diesen Tag gewartet und ergriffen häufig die Initiative zur Ent-

fernung ihrer Kollegen und Kolleginnen, ohne auf Weisungen von oben zu warten. So begannen etwa zwei Ärzte des Rudolfspitals, das gesamte Personal nach politischen Kriterien zu durchleuchten und Bekenntnisse zum Nationalsozialismus unterschreiben zu lassen.² Auf der Universitätsnervenklinik bekamen Ärzte wie der Psychoanalytiker Erwin Stengel innerhalb kürzester Zeit nach dem Einmarsch, in seiner Erinnerung noch in derselben Nacht, Entlassungsschreiben; andere wurden aufgefordert, ihre „arische Abstammung“ zu belegen.³ Im Juni 1939 erinnerte Gauärztführer Planner-Plann eine Zuhörer-schaft von NS-Ärzten stolz daran, wie die verschiedenen Parteigliederungen in den „Umbruchtagen“ zahlreiche Primärärzte aus ihren Positionen gejagt hatten, die oft innerhalb von 24 Stunden durch kommissarische Leiter ersetzt werden mussten.⁴ Durch die schlagartige Ausschaltung eines erheblichen Teils der Ärzteschaft öffneten sich für all jene, die nicht von Verfolgungsmaßnahmen betroffen waren, neue berufliche Chancen. Auch viele, die ideologisch dem Nationalsozialismus nicht nahestanden, wurden auf diese Weise zu Profiteuren des neuen Systems und fühlten sich diesem dadurch verpflichtet. Diese personelle Nazifizierung ging Hand in Hand mit einer ideologischen Durchdringung des Feldes sowie einschneidenden institutionellen Veränderungen vor allem im öffentlichen Gesundheitswesen, aber auch im Bereich der Universitäten.

Die herausragendsten Folgen dieser Entwicklungen sind inzwischen relativ gut dokumentiert. Dies gilt insbesondere für die Etablierung von „Rassenbiologie“ und „Rassenhygiene“ als politische Leitwissenschaften, die Implementierung der „Erb- und Rassenpflege“ als zentrales Paradigma im Gesundheitswesen (inklusive der Durchführung von Zwangssterilisationen in öffentlichen Krankenhäusern) sowie die Krankenmorde in der Psychiatrie und deren wissenschaftliche Verwertung nach 1945. All diese Arbeiten enthalten auch Informationen zu den Tätern (und manchmal Täterinnen), wenn auch zu-



Oben links:

Dr. Heinrich Gross (1915–2005) konnte sich im Zuge einer „kalten Amnestie“ ab Ende der 1940er-Jahre der Strafe für seine Verbrechen entziehen und eine prominente Karriere als Psychiater und Neuropathologe einschlagen, nicht zuletzt mit Hilfe der Gehirnpräparate seiner Opfer vom „Spiegelgrund“.

Oben rechts:

Der frühere Leiter der Kindertötungsanstalt „Am Spiegelgrund“ Dr. Ernst Illing (1904–1946) wurde 1946 nach einem Volksgerichtsprozess in Wien hingerichtet – eines der wenigen wirklich harten gegen Medizintäter verhängten Urteile.

2 Gerhard Jagschitz, NSDAP und „Anschluß“ in Wien 1938, in: Wien 1938, Wien 1978, S. 147–157, hier 155.

3 Johannes Reichmayr, „Anschluß“ und Ausschluß. Die Vertreibung der Psychoanalytiker aus Wien, in: Friedrich Stadler (Hrsg.), Vertriebene Vernunft I. Emigration und Exil österreichischer Wissenschaft 1930/1940, S. 123–181, hier 159.

4 Anonym, NSD Ärztebund, Gau Wien, in: Ärzteblatt für die deutsche Ostmark 2 (1939), S. 279 ff.

meist auf einzelne Personen bezogen und nicht in Form systematischer, kollektivbiographischer Darstellungen.

Wie lässt sich aufgrund bisher vorliegender Erkenntnisse die österreichische Situation charakterisieren? Unter anderem ist hier die starke politische Mobilisierung unter den Ärzten zu nennen, befördert durch die Zeit der „Illegalität“ und die damit verbundenen Gelegenheiten zur Radikalisierung. Nach dem „Anschluss“ führte dies, wie erwähnt, zu einer sehr raschen, nachholenden Implementierung der antijüdischen Verfolgungsmaßnahmen. Die Zerstörung der Wiener medizinischen Fakultät durch die Vertreibung eines Großteils ihrer Mitglieder erregte auch international großes Aufsehen. Die erzwungene Emigration Sigmund Freuds mit seiner Familie und seinem engsten Umfeld im Juni 1938 markierte den Übergang zu einem bürokratischen System der Enteignung und Vertreibung. Die nachholende Implementierung der „Erb- und Rassenpflege“ etwa im Gesundheitswesen der Stadt Wien führte dazu, dass diese innerhalb des Deutschen Reiches schon bald eine Führungsposition beanspruchen konnte, beispielsweise was die Durchführung der „erbbiologischen Bestandsaufnahme“ oder die Verfolgung sogenannter „Asozialer“ anging. Die Durchführung der Zwangssterilisationen stellt in dieser Hin-

sicht einen Sonderfall dar – aufgrund kriegsbedingter Einschränkungen kam es in Österreich zu verhältnismäßig deutlich weniger Zwangseingriffen als seit 1934 im Deutschen Reich. Dafür war die Zahl der „Euthanasie“-Opfer in Österreich im Vergleich zum sogenannten „Altreich“ überproportional hoch, zumindest im Falle der „Kindereuthanasie“ und der „Aktion T4“. Im Hinblick auf die „dezentrale Euthanasie“ der zweiten Kriegsphase bestehen noch zu viele Forschungslücken, um eine Einschätzung zu erlauben. Damit verbunden ist ein zweites großes Defizit bei der Erforschung der Krankentötungen in Österreich (das allerdings auch für Deutschland gilt), nämlich die bislang erst lückenhaft erfolgte individuelle Dokumentation der Opfer.

Die SS-ärztliche Akademie in Graz, zu der bis heute keine systematische Darstellung vorliegt, stellt ein Beispiel für die Integration Österreichs in reichsweite Netzwerke der NS-Medizin dar. Viele der Absolventen, die in Graz die regulären Lehrveranstaltungen der medizinischen Fakultät besuchten, setzten ihre Laufbahn als KZ-Ärzte fort – oft hatten sie bereits vor dem Abschluss an Häftlingen in Dachau zu Übungszwecken operiert. Hans Eppinger und Wilhelm Beiglböck waren somit nicht die einzigen österreichischen Mediziner mit Verbindungen nach Da-

chau; weitere Beispiele lassen sich finden, z. B. im Zusammenhang mit der Entwicklung eines Blutstillungsmittels, das von dem Innsbrucker Chirurgen Burghard Breitner getestet wurde. Die Konzentrationslager Mauthausen und Gusen waren ebenfalls Schwerpunkte von verbrecherischen medizinischen Forschungsaktivitäten, an denen Österreicher entscheidend beteiligt waren.

Fast 80 Jahre nach der Annexion Österreichs durch das Deutsche Reich und 70 Jahre nach der Verkündung der Urteile im Nürnberger Ärzteprozess stellt der vorliegende Band einen weiteren Schritt, aber sicher keinen Endpunkt bei der Erforschung der Medizin im Nationalsozialismus mit ihren bis heute zu spürenden Folgewirkungen dar. Trotz der Auflösung aller den späteren „Alpen- und Donau-Reichsgauen“ gemeinsamen administrativen Strukturen (bis hin zur Abschaffung der Bezeichnung „Ostmark“) und der damit verbundenen institutionellen Eingliederung in das Deutsche Reich spricht alles dafür, die Geschichte der Medizin in Österreich weiter voranzutreiben, wobei die Frage nach Sonderentwicklungen und nach dem Grad noch vorhandener Autonomie eine wichtige Fragestellung bildet, die stärker als bisher in vergleichender Perspektive verfolgt werden sollte.

„Vor unserem Herrgott gibt es kein unwertes Leben“

DÖW-Kooperation: Broschüre über Bischof Memelauers Engagement gegen die NS-Euthanasie

Michael Memelauer (1874–1961) war 1927 bis 1961 Bischof von St. Pölten. Seine Amtszeit war ganz wesentlich von der Auseinandersetzung mit der NS-Diktatur geprägt. Die nationalsozialistischen Massentötungen von kranken und behinderten Menschen forderten auch im „Reichsgau Niederdonau“ Hunderte Opfer.

Bischof Memelauer gehörte zu den wenigen, die dieses Verbrechen öffentlich anprangerten. Seine Predigt bei der Silvesterandacht am 31. Dezember 1941 im Dom zu St. Pölten ist in der österreichischen Kirchengeschichte einmalig. In dieser verurteilte er die mit dem Begriff „Euthanasie“ bezeichnete systematische Ermordung von Menschen mit körperlichen und/oder psychischen Beeinträchtigungen öffentlich – wohlgerneht als einziger Vertreter des österreichischen Episkopats

Dieses Ereignis jährte sich am 31. Dezember 2016 zum 75. Mal. Aus diesem Anlass wurde der Text der Predigt gemeinsam

von Diözesanarchiv St. Pölten und DÖW im Druck herausgegeben. Die Broschüre enthält auch einen einleitenden Text von

Winfried R. Garscha (DÖW) und eine Kurzbiographie Memelauers von Karl Kollermann (Diözesanarchiv St. Pölten).



„Vor unserem Herrgott gibt es kein unwertes Leben“

Die Predigt von Diözesanbischof Michael Memelauer bei der Silvesterandacht am 31. Dezember 1941 im Dom zu St. Pölten

Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes und Diözesanarchiv St. Pölten (Hrsg.)

St. Pölten 2017, 42 Seiten
Preis: EUR 5,-

Auch als PDF auf der Website des DÖW abrufbar: www.doew.at

Vilma Neuwirth (1928–2016)

Am 7. Dezember 2016 verstarb die Zeitzeugin und langjährige ehrenamtliche Mitarbeiterin des DÖW, Vilma Neuwirth, nach schwerer Krankheit mit 88 Jahren. – Ein Nachruf von Claudia Kuretsidis-Haider

Vilma Neuwirth wurde am 25. August 1928 als jüngste Tochter des Friseurs Joseph Kühnberg und dessen Frau Maria geboren. Ihr Vater entstammte einer sehr gläubigen jüdischen Familie aus Tarnów in Galizien, heute in Südpolen gelegen. Große Armut und aussichtslose Lebensumstände veranlassten ihn – wie viele andere jüdische MigrantInnen – zu Beginn des 20. Jahrhunderts seine Heimatstadt zu verlassen. Zunächst war er in Budapest als Friseur tätig, wo er mit seiner ersten Frau, die bei der Geburt des dritten Kindes verstarb, lebte. Anfang der 1920er-Jahre ging er nach Wien, wo er seine zweite Frau Maria kennenlernte. Sie war die Tochter einer wohlhabenden katholischen Weinbauernfamilie aus Retz. Die Familie lebte im 2. Wiener Gemeindebezirk, in der Glockengasse 29, wo Neuwirths Vater auch sein Friseurgeschäft betrieb. In dem Mietzinshaus lebten zahlreiche, großteils jüdische MigrantInnen aus den verschiedenen Regionen der ehemaligen Habsburger Monarchie, aber auch eine Reihe von nicht-jüdischen MieterInnen.

Vor dem „Anschluss“ 1938 war das Zusammenleben – trotz des in Wien gegenwärtigen Antisemitismus – von einem den Lebensumständen der zur gleichen sozialen Klasse gehörenden Menschen geschuldeten Pragmatismus geprägt.¹ Dies änderte sich schlagartig mit der nationalsozialistischen Machtergreifung am 11. März 1938. Von einem Tag auf den anderen waren die jüdischen Hausparteien den Schikanen ihrer nicht-jüdischen NachbarInnen ausgeliefert. Dies konnte Vilma Neuwirth zeit ihres Lebens nicht vergessen, und die Frage nach dem Warum wurde zu einer der Antriebsfedern ihrer Motivation, jungen Menschen als Zeitzeugin über ihre Jugend im Nationalsozialismus zu berichten.

Geprägt waren ihre Jugendjahre von Angst vor Verhaftung, von der antisemitischen Hetze der NachbarInnen, von jugendlichem Leichtsinn und dramatischen Trennungen innerhalb ihrer Familie. Ihr Vater starb 1942 im Rothschild-Spital an Krebs. „Es klingt schrecklich [...], aber Vater hat sich viel Leid und Kummer erspart. [...] trauern konnten wir nicht recht,

zu viel stürzte auf uns ein.“² Mehrere Mitglieder aus der Familie ihres Vaters wurden im Holocaust ermordet. Während einige ihrer Brüder fliehen konnten, blieb Vilma Neuwirth mit zwei ihrer Geschwister in Wien, durfte aber nicht mehr zur Schule gehen, musste als sogenannte „Geltungsjüdin“ den Zusatznamen Sara tragen sowie ab 1941 den sogenannten „Judenstern“.

Obwohl noch ein Kind, widersetzte sich Vilma Neuwirth den nationalsozialistischen Maßnahmen und Demütigungen immer wieder, etwa indem sie konsequent das Tragen des „Judensterns“ verweigerte – trotz angedrohter drakonischer Strafen. „Ich habe diese Zeit in der Höhle des Löwen verbracht“, betonte sie in ihren Erzählungen immer wieder und unterstrich dabei die wichtige Rolle ihrer Mutter, die ihren Mann und ihre Kinder durch tatkräftiges und widerständiges Verhalten zu schützen versuchte. So verweigerte sie etwa die Scheidung von ihrem Mann und gewährte jüdischen Bekannten in ihrer Wohnung Unterschlupf, was einigen von ihnen das Leben rettete.

Vilma Neuwirth wurde mit 16 Jahren zur Zwangsarbeit eingezogen und bei der Firma Schrack-Ericsson Elektrizitäts-AG, die Bestandteile für Kriegsgeräte produzierte, dienstverpflichtet, wo sie immer wieder Sabotageakte unternahm und sogenannte „Feindsender“ hörte, aber vom Firmenleiter geschützt wurde.

Die Einnahme Wiens durch die Rote Armee brachte Vilma Neuwirth die Freiheit, und in den folgenden Monaten konnte sie auch wieder Kontakt zu ihren Geschwistern herstellen. Sie machte eine Lehre als Friseurin, arbeitete später als Referentin bei den Vereinigten Edelfeststoffwerken und ließ sich zur Fotografin ausbilden. Lange Jahre beschäftigte sie sich nicht mit ihrer Jugendzeit während des Nationalsozialismus. Die Auseinandersetzungen im Zuge der Kandidatur von Kurt Waldheim für die Bundespräsidentenwahl 1986 waren ausschlaggebend für sie, sich mit ihrer Vergangenheit zu befassen und nachfolgenden Generationen darüber zu berichten.

1993 begann sie im DÖW zu arbeiten. Charakteristisch war ihr erstes Gespräch mit dem Archivar des DÖW, Winfried Garscha, in dem er sie fragte, ob sie es



Vilma Neuwirth als Zeitzeugin bei einer Veranstaltung im DÖW, 7. November 2013

sich zutrauen würde, mit dem Computer zu arbeiten: „Ich kann nichts, aber ich werde alles lernen.“ Vilma Neuwirth arbeitete in weiterer Folge viele Jahre im Bereich des „Akteneinbaus“ und war den MitarbeiterInnen durch ihren unbeugsamen und kritischen Charakter ein Vorbild im antifaschistischen Engagement.

2008 veröffentlichte sie ihre Erinnerungen in Buchform und schilderte das Leben einer jüdischen Arbeiterfamilie in Wien-Leopoldstadt und das Alltagsgesicht des Nationalsozialismus.

2013/14 wirkte sie bei der ZeitzeugInnenproduktion *Die letzten Zeugen* von Doron Rabinovici und Matthias Hartmann am Wiener Burgtheater mit – gemeinsam mit Marko Feingold, Rudolf Gelbard, Lucia Heilman, Schoschana Rabinovici und dem im Jänner 2017 verstorbenen Ari Rath. SchauspielerInnen lasen dabei deren Erinnerungstexte, am Ende der Veranstaltung sprachen die ZeitzeugInnen persönliche Worte zum Publikum.

Vilma Neuwirth besuchte aber auch viele Schulklassen und berichtete den Jugendlichen von ihrem (Über-)Leben als Mädchen in der NS-Zeit. Darüber hinaus trat sie in Veranstaltungen u. a. des DÖW auf. Dabei erzählte sie nicht nur aus ihrem Leben, sondern ermahnte insbesondere die jungen Menschen, wachsam zu sein und sich über den Nationalsozialismus zu informieren.

1 Nachwort zum Buch Vilma Neuwirth, Glockengasse 29. Eine jüdische Arbeiterfamilie in Wien, Wien 2008, S. 124.

2 Neuwirth, Glockengasse, S. 93.

WIR BETRAUERN

Dr.ⁱⁿ Josefa **Breuer**, Widerstandskämpferin und ehemaliges Mitglied des Kuratoriums und des Vorstands des DÖW, starb am 20. November 2016 im Alter von 96 Jahren. Sie gehörte als junge Frau der Gruppe Theiss (Österreichische Front, Österreichische Bewegung) an und war vom Februar bis Juni 1940 in Haft. Im Dezember 1941 wurde sie wegen Verbrechens nach dem Gesetz gegen die Neubildung von Parteien zu einer mehrmonatigen Gefängnisstrafe verurteilt. Breuer war nach der Befreiung 1945 im Schuldienst tätig, ab 1968 als Volksschuldirektorin. Politisch engagierte sie sich ab April 1945 in der ÖVP.

WIR GRATULIEREN

Das **Jüdische Museum Hohenems** (Vorarlberg) wurde mit dem im Rahmen des Österreichischen Kunstsponsoringspreises MAECENAS vergebenen Sonderpreis „Kunst & Kultur“ – vergeben für „erfolgreiche Engagements in Kooperation mit der Wirtschaft“ – ausgezeichnet.

Der 2016 erstmals verliehene Max und Trude Berger-Preis des Jüdischen Museums Wien ging an Hannah **Lessing** und Stefan **Stolitzka**.

Hannah Lessing ist seit 1995 Generalsekretärin des Österreichischen Nationalfonds der Republik Österreich für Opfer des Nationalsozialismus und auch im Vorstand des DÖW vertreten. Der Nationalfonds ermöglichte das Oral History Projekt für die permanente Ausstellung des Jüdischen Museums Wien.

Stefan Stolitzka, CEO der LEGERO Schuhfabrik GmbH, unterstützt seit 2014 das Jüdische Museum Wien in seinen Bestrebungen, zeitgenössische KünstlerInnen einzuladen, sich mit den Themen, die das Jüdische Museum behandelt, auseinanderzusetzen.

Diese Zeitung ist eine von
1.800 aus dem Leseprogramm von

APA-DeFacto GmbH MEDIENBEOBACHTUNG

1060 WIEN, LAIMGRUBENGASSE 10
TEL.: 01/360 60 - 5123
E-MAIL: defacto@apa.at
INTERNET: <http://www.apa-defacto.at>

REZENSIONEN

Weiss, Heinz: **Otto Felix Kanitz. Vom jüdischen Klosterschüler zum Top-Roten der Zwischenkriegszeit. Echomedia: Wien 2016. 239 S.**

Als Otto Felix Kanitz am 27. März 1940 im Konzentrationslager Buchenwald umkam, endete endgültig die bereits 1934 gewaltsam unterbrochene Karriere eines herausragenden sozialdemokratischen Kinder- und Jugenderziehers, Theoretikers und Politikers.

Heinz Weiss, Funktionär der sozialdemokratischen Kinderfreunde, der seit einigen Jahren die Geschichte der sozialdemokratischen Erziehungsbewegung aufarbeitet, legt nun eine materialreiche und aufschlussreiche Biographie über Kanitz vor. Der 1894 als Sohn jüdischer Eltern in Wien geborene Otto Felix Kanitz wuchs infolge Scheidung der Eltern in einem katholischen Waisenhaus auf, eine höhere Bildung blieb ihm vorerst verwehrt und er absolvierte eine kaufmännische Lehre. Ab 1910 engagierte er sich bei den sozialdemokratischen Kinderfreunden und trat dem Verband jugendlicher Arbeiter bei. Nach Ablegung der Externistenmatura studierte er ab 1918 Pädagogik und Philosophie an der Universität Wien. In seiner 1922 approbierten Dissertation *Familien-erziehung – Staatserziehung – Gesellschaftserziehung* und in zahlreichen Büchern formulierte Kanitz die theoretischen Grundlagen, die für die sozialdemokratische Erziehungsarbeit in Österreich und darüber hinaus für die Kinderfreunde in anderen Ländern maßgeblich wurden.

Die im vorliegenden Buch veröffentlichte Bibliographie von John Bertelsen und Gerd Callesen, zwei dänischen Forschern, zeigt, dass Otto Felix Kanitz in nur 15 Jahren – von 1919 bis 1934 – ein beachtliches schriftliches Werk geschaffen hat, bestehend aus unzähligen Beiträgen in sozialdemokratischen Zeitschriften, Organisationshandbüchern, erziehungswissenschaftlichen Arbeiten, politischen Schriften und nicht zuletzt zahlreichen Gedichten, Singspielen und anderen literarischen Texten. Wichtige Publikationen wurden ins Dänische, Norwegische und Polnische übersetzt; nach 1968 wurden einige Publikationen im Zuge der Jugend- und Studentenrevolte von 1968 (als Raubdrucke) neu herausgegeben.

Seine von der Individualpsychologie Alfred Adlers beeinflussten Arbeiten wei-

sen Kanitz als einen eigenständigen Theoretiker des Austromarxismus im Bereich der Pädagogik aus. Vor allem aber war er ein charismatischer Jugendführer und ein Organisationspraktiker ersten Ranges: bei den Kinderfreunden, als Leiter der Kinderfreundeschule im Schloss Schönbrunn 1920 bis 1924 und ab 1926 als führender Funktionär der sozialdemokratischen Jugendorganisation SAJ. Er führte unzählige Vorträge, Kurse, Kinder- und Jugendlager, Führerschulen u. dgl. durch und zog begabte Mitarbeiter wie Ernst Papanek oder Bruno Kreisky heran; zehntausende Kinder und Jugendliche wurden im Geiste des Austromarxismus geschult. Wie ich in meiner Dissertation 1969 dargelegt habe, hat es kaum jemals eine bessere und intensivere Jugendarbeit in der Sozialdemokratie gegeben.

Diese pädagogisch-politischen Leistungen schlugen sich nicht nur in unglaublich hohen Mitgliederzahlen nieder, bis zu 20.000 neue Mitglieder wurden pro Jahr geworben, sondern hatten auch eine nachhaltige Wirkung. Aus meiner Arbeit im DÖW über den österreichischen Widerstand weiß ich, dass ein großer Teil der WiderstandskämpferInnen gegen Austrofaschismus und NS-Regime aus der sozialdemokratischen Jugendbewegung kam. In Anklageschriften und Urteilen wird immer wieder die Zugehörigkeit zu Kinderfreunden, Roten Falken, SAJ und Gewerkschaftsjugend angeführt.

Kanitz reüssierte auch auf der politischen Ebene: 1932 wurde er in den Bundesrat entsandt und zum Leiter der sozialdemokratischen Propagandastelle ernannt. Die Februarereignisse 1934 setzten dem ein abruptes Ende. Kanitz, der in die Herstellung des Kampfaufrufes der SDAP involviert war, musste in die ČSR flüchten, wo er vorerst in Brünn im ALÖS, dem Auslandsbüro der österreichischen Sozialdemokraten, mitwirkte. Auf Betreiben seiner von ihm einst ausgeschalteten Gegner aus der SAJ wurde Kanitz politisch und existenziell kaltgestellt. Er musste seinen Lebensunterhalt mühsam als Conférencier, Blitzdichter, Werbefachmann und mit anderen Gelegenheitsarbeiten bestreiten. Vom politischen Gegner und von eigenen Leuten aus der Bahn geworfen, von Heimweh und Sehnsucht nach seiner Familie getrieben suchte Kanitz 1935 um Rückkehr nach Österreich an, wobei er sich zu politischer Abstinenz verpflichten musste. Seine 1936 erfolgte Rückkehr wurde von

Antisemitismus in Geschichte und Gegenwart

Vortragsreihe im DÖW, April/Mai 2017

Der Antisemitismus ist auch mehr als 70 Jahre nach seiner massenmörderischen Eskalation im Nationalsozialismus nicht Vergangenheit, vielmehr bedroht er nach wie vor Jüdinnen und Juden weltweit. Insbesondere in seinen neonazistischen und islamistischen Artikulationsformen zielt er weiterhin auf deren Vernichtung. Im Internet, dem virtuellen Umschlagplatz der Gerüchte über Jüdinnen und Juden, steigert er sich gegenwärtig wieder in einen regelrechten Blutrausch.

Aber Antisemitismus begegnet uns nicht nur in diesen extremen Formen, vielmehr äußert er sich heute vor allem codiert: Das antisemitische Bilderrepertoire wird dominiert vom Zionisten, der in den Täterländern des Nationalsozialismus rachsüchtig den Schlussstrich unter die Vergangenheit und im Nahen Osten den Frieden verhindert, und von der internationalen Hochfinanz, welche weltweit die Nationen aussaugt. In diesen Formen reicht der Antisemitismus bis weit in die politische Mitte und nach links, was jedoch gerne geleugnet wird.

Mit der Veranstaltungsreihe soll darum das Problembewusstsein gegenüber allen Formen des Antisemitismus geschärft werden.

20. April 2017

Andreas Peham: *Einführung in die Antisemitismus-Kritik*

27. April 2017 – Im Rahmen der Aktionstage Politische Bildung 2017

Bernhard Weidinger: *Deutschnationale Korporationen in Österreich als Avantgarde des völkischen Antisemitismus*

4. Mai 2017 – Im Rahmen der Aktionstage Politische Bildung 2017

Elisabeth Boeckl-Klamper: *Vom christlichen Antijudaismus zum „neuen“ Antisemitismus: Kontinuität und Wandel im Judenhass*

11. Mai 2017

Elke Rajal: *Möglichkeiten und Grenzen antisemitismuskritischer Bildungsarbeit*

18. Mai 2017

Karin Stögner: *Antisemitismus und Sexismus*

Veranstalter:

Jüdisches Institut für Erwachsenenbildung
in Kooperation mit dem DÖW,
Koordination: Andreas Peham (DÖW)



Kosten: 30,- Euro (6,- Euro/Vortrag)

Ort:

Veranstaltungsraum Ausstellung Dokumentationsarchiv, Altes Rathaus,
Wipplingerstraße 6–8, 1010 Wien (Eingang im Hof)

Zeit:

jeweils Donnerstag, 18.30 bis 20.00 Uhr

Anmeldung:

Anmeldung und Bezahlung im Jüdischen Institut für Erwachsenenbildung,
e-mail: jife@vhs.at | T: +43 1 891 74-153000

seinen GenossInnen als „Versöhnlerum“ diffamiert und führte zu seiner Isolierung. Selbst in dem vom Autor im Anhang veröffentlichten (und scharf kritisierten) Nachruf in der sozialdemokratischen Zeitschrift *Der Kampf* im Juni 1940 ist der Geist politischer Gehässigkeit zu spüren.

Es waren wohl diese bitteren Erfahrungen im Exil, die Kanitz nach dem „Anschluss“ 1938 bewogen, trotz Warnungen, dass er als sozialdemokratischer Politiker und Jude doppelt gefährdet war, in Österreich zu bleiben. Da er Verbindungen zu revolutionären Sozialisten aufnahm, wurde er am 1. November 1938 von der Gestapo festgenommen und am 22. September 1939 in das KZ Buchenwald eingeliefert. Otto Felix Kanitz wurde Opfer politischer und rassistischer Verfolgung, doch haben auch seine eigenen Genossen ein Stück dazu beigetragen, indem sie ihn von Solidarität, Unterstützung und Fluchthilfe ausgeschlossen. Heinz Weiss gibt diesen für die sozialdemokratische Bewegung unangenehmen Sachverhalt durch das Zeugnis des RS-Führers Josef Buttinger (in einem Interview mit dem Rezensenten 1967) wieder.

Es ist das Verdienst des Autors, durch zahlreiche neue Quellen, vergessene Schriften und Zeugnisse von MitkämpferInnen die großartigen Leistungen der sozialdemokratischen Jugend- und Erziehungsbewegung in der Ersten Republik und die herausragende Persönlichkeit von Otto Felix Kanitz sichtbar zu machen und die Schattenseiten nicht zu verschweigen.

Wolfgang Neugebauer

Longerich, Peter: Wannseekonferenz. Der Weg zur „Endlösung“. Pantheon-Verlag: München 2016. 221 S.

Die Bezeichnung „Wannseekonferenz“ steht für ein historisches Ereignis, das für die Umsetzung der Völkermordpraxis im Zweiten Weltkrieg wichtig war: Am 20. Jänner 1942 trafen sich in einem Haus am Wannsee hochrangige Repräsentanten des NS-Staates.

Der damalige Chef des Reichssicherheitshauptamtes Reinhard Heydrich hatte zu einer Besprechung eingeladen, Thema war die „Endlösung der Judenfrage“ – so die bürokratische Formulierung für den Holocaust. Es sollte um Beschlüsse darüber gehen, wie die Durchführung eines Menschenvernichtungsprogramms umgesetzt werden sollte. Am Ende der Besprechung stand ein Protokoll, das zu den bedeutendsten Dokumenten in diesem Kontext wurde. Doch welche konkrete Bedeu-

tung hatte diese „Wannseekonferenz“? Die lange kursierende Auffassung, wonach dort der Holocaust beschlossen worden sei, kann schon von der Chronologie her nicht stimmen. Denn der Beginn der Massenmorde, so die Ergebnisse der Forschung, erfolgte bereits viele Monate zuvor.

Der Historiker Peter Longerich, Gründungsdirektor des Holocaust Research Centre an der Universität London und Professor für Neuere Geschichte an der Universität der Bundeswehr in München, legt mit *Wannseekonferenz. Der Weg zur „Endlösung“* seine Darstellung und Deutung der Ereignisse vor. Die Konferenz soll darin im Kontext ihre historische Verortung erfahren. Longerich präsentiert dabei eine komplexe Erklärung: „Demnach ist der Holocaust nicht aufgrund einer einzelnen zentralen Entscheidung in Gang gesetzt worden, sondern er ist – im Rahmen einer langfristig orientierten, aber immer wieder Veränderungen unterworfenen antijüdischen Politik der Nationalsozialisten – das Ergebnis eines Entscheidungsprozesses, in dem Hitler, die zentrale Führungsinstanz des ‚Dritten Reichs‘, im engen Zusammenspiel mit anderen Teilen des Machtapparates, schrittweise aus einer noch vagen Absicht zur Vernichtung der Juden ein konkretes Mordprogramm entwickelte und in Gang brachte. In diesem Entscheidungsprozess [...] kommt dem Treffen [...] eine hohe Bedeutung zu.“ (S. 13 f.)

Um dies zu erläutern, behandelt der Autor zunächst die Ereignisse von 1933 bis 1941 als Vorgeschichte.

Danach geht es um die Konferenz als arbeitsteiliges Projekt von Bürokratie und SS. Longerich stellt auch die Anwesenden vor, lasse sich daraus doch aus deren Auswahl etwas über die Intention folgern. Er analysiert detailliert den Protokolltext, der als Faksimile abgedruckt ist. Danach steht die „Endlösung“ in der Realität, also die Praxis des Völkermordes, im Zentrum.

Betont wird bei all dem, dass es sich hier um Kompetenzfragen in der NS-Führung handelte: Demnach habe sich Heydrich mit Hitler über die Vorgehensweise verständigt. Die „Wannseekonferenz“ diente ihm dazu, seine ‚Federführung‘ gegenüber den anderen Instanzen endgültig durchzusetzen, um im Anschluss daran einen Deportationsplan auszuarbeiten [...] Inzwischen war Himmler jedoch daran gegangen, Heydrichs Absicht zu unterlaufen, und – was entscheidend ist – er handelte dabei in laufender, direkter Abstimmung mit Hitler.“ (S. 161)

17. Gedenkfahrt nach Engerau

Exkursion am 29. März 2017

Enthüllung einer Gedenktafel für die ermordeten ungarisch-jüdischen Zwangsarbeiter des Lagers Engerau am Restaurant Leberfinger

Ende November/Anfang Dezember 1944 wurde in Engerau (Petržalka, Bratislava) ein Arbeitslager für ungarische Juden eingerichtet. Circa 2000 Zwangsarbeiter mussten beim Bau des sogenannten Südostwalles Sklavenarbeit leisten. Viele starben an den Folgen von Hunger, Kälte und Misshandlungen oder wurden von Wiener SA-Männern oder Politischen Leitern ermordet. Mehr als 100 Männer kamen Ende März 1945 im Zuge des „Todesmarsches“ von Engerau nach Bad Deutsch-Altenburg ums Leben.

Im Nebengebäude des heutigen Restaurants Leberfinger in der Viedenská cesta in Petržalka, direkt an der Donaupromenade gelegen, befand sich eines der Engerauer Teillager. Die Juden waren in einem ehemaligen Pferdestall einquartiert. Im Zuge der Evakuierung des Lagers Engerau liquidierte ein aus Angehörigen der Wachmannschaft zusammengesetztes „Sonderkommando“ zumindest 13 Häftlinge des Teillagers Leberfinger.

Veranstalter: Zentrale österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz, DÖW und KZ-Verband Wien, mit Unterstützung des Zukunftsfonds der Republik Österreich

Kosten: 15,- Euro (inkl. Mittagessen), SchülerInnen, Lehrlinge, Studierende, ArbeitslosengeldbezieherInnen 5,- Euro

Zeit:

Mittwoch, 29. März 2017 | Abfahrt 9.00 Uhr (Treffpunkt 8.45 Uhr) | Rückkehr nach Wien ca. 18.00 Uhr

Anmeldung bis 24. März 2017:

Claudia Kuretsidis-Haider (Zentrale österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz)

T: (01) 22 89 469 / 315 | e-mail: claudia.kuretsidis@nachkriegsjustiz.at

Weitere Informationen / Programm: www.doew.at

Denkmal für die ungarisch-jüdischen Zwangsarbeiter auf dem Friedhof in Petržalka

Foto: Forschungsstelle Nachkriegsjustiz



Der Autor berichtet in nüchterner und sachlicher Sprache über diese Vorkommnisse, wobei die bürokratische Komponente der Massenmordumsetzung im Vordergrund steht. Dass hier zwei „Denkschulen“ – falls diese Bezeichnung überhaupt genutzt werden kann – aufeinandertrafen, entsprach der besonderen Herrschaftsstruktur im NS-System. Darauf macht Longerich immer wieder aufmerksam und positioniert sich damit zu Forschungskontroversen in der Vergangenheit. Hierbei betont er immer wieder die Komplexität des Prozesses. Den allzu einfachen Erklärungen von „Intentionalisten“ und „Strukturalisten“ entzieht sich der Autor. Bei der Betrachtung der Konferenz finden auch viele Details besonderes Interesse. Dazu gehört selbst die Frage, wer aus welchen Gründen nicht eingeladen wurde. Dass Detektivarbeit auch von Historikern geleistet werden kann, macht Longerich damit auch deutlich. Er hat eine differenzierte und schlüssige Deutung vorgelegt. Dadurch wird sicherlich die Forschung weiter angeregt, man darf auf Kontroversen dazu gespannt sein.

Armin Pfahl-Traugher

**Adrowitzer, Roland (Hrsg.):
Rechts um! Wie Europa abgewählt
wird. Styria: Wien 2016. 224 S.**

Die Europäische Union ist durch ökonomische und politische Probleme in eine Legitimationskrise geraten. Der „Brexit“ kann als exemplarischer Ausdruck dafür gelten. Gleichzeitig gibt es einen Anstieg der Fremdenfeindlichkeit, der in der Flüchtlingsentwicklung aber häufig nur eine Scheinlegitimation findet. Davon profitieren Parteien, die als „rechtspopulistisch“ in Öffentlichkeit und Wissenschaft titulierte werden. Deren Aufstieg lässt sich in vielen Ländern konstatieren, auch in Deutschland oder Schweden, galten diese Staaten doch lange als immun gegenüber derartigen politischen Versuchen. Wie es um die Entwicklung in neun Länder steht, ist Gegenstand eines Sammelbandes mit dem Titel *Rechts um! Wie Europa abgewählt wird*. Herausgegeben hat ihn der bekannte österreichische Journalist Roland Adrowitzer, der als Chefreporter für *Zeit im Bild* arbeitet und das Korrespondentenbüro des ORF leitet. Auch die einzelnen Beiträge stammen von ORF-KorrespondentInnen. Am Anfang steht Andrea Jöllis Blick nach Deutschland, wobei die Erfolge der *Alternative für Deutschland* (AfD) im Zentrum stehen. Der Titel *In der europäischen Wirklichkeit*

angekommen macht deutlich, dass es dort jetzt ähnliche Entwicklungen wie in anderen Ländern gibt.

Hans Woller macht auf die Entwicklung des *Front National* (FN) in Frankreich aufmerksam, habe dieser doch eine „Entdiabolisierung“ vollzogen und sei in breitere Schichten eingedrungen. Der Autor geht auch auf die „Basisarbeit“ des FN und den Kredit einer russischen Bank an diesen ein.

Anschließend wird Großbritannien von Bettina Prendergast behandelt, wobei sie den „Albtraum Brexit“ als großen Coup der *UK Independence Party* (UKIP) deutet, habe die Partei doch von Anfang an auf dieses Ziel hingewirkt.

Raphaella Stefandl nimmt danach die *Schweizer Volkspartei* (SVP) in den Blick, welche bereits sehr früh mit dem Politikthema *Zuwanderung* polarisierte und damit Wählerzustimmung für sich mobilisieren konnte.

Dem folgt mit Tim Cupal ein Beitrag über die Niederlande, wo die Bewegung um Geert Wilders und seine Partei *Partij voor de Vrijheid* (PVV) besonders mit Islam- und Muslimenfeindlichkeit punkten konnte.

Der Herausgeber selbst geht danach auf die Entwicklung in den skandinavischen Ländern ein und fragt nach Gemeinsamkeiten und Unterschieden der Parteien. Denn die *Fremskrittspartiet* (FrP) in Norwegen und die *Sverigedemokraterna* (SD) in Schweden können bei allen Ähnlichkeiten nicht pauschal gleichgesetzt werden.

Die in ähnlichen Büchern ansonsten ignorierte Entwicklung in Osteuropa beginnt mit einem Blick auf Polen von Karin Koller, wo mit *Prawo i Sprawidliwosc* (PiS) bereits eine derartige Partei an der Regierung ist. Dem folgt Ernst Gelegs' Darstellung zu Ungarn, wo man es mit dem gleichen Phänomen zu tun hat. Und schließlich nimmt Christian Lininger das Russland unter Putin ins Visier, könne man dort doch von einer Abkehr vom Westen und einem „Rechtsschwenk von oben“ sprechen.

Das Buch ist von Fernsehkorrespondenten geprägt, die einzelnen Länderporträts sind eingängig geschrieben. Aufgelockert werden die Kapitel durch viele Fotos, welche die Führungsfiguren und Mitglieder der gemeinten Parteien zeigen. Damit entsteht ein plastischer Eindruck von dem Vorgestellten. Indessen kommt die Analyse bei so viel Beschreibung zu kurz. Einzelne AutorInnen bleiben auf dieser Ebene und präsentieren Bewertungen nur in Form von Fremdzitaten. Andere gehen mehr in

die Tiefe, wobei Agitationstechniken und Gesellschaftsentwicklung näher ins Visier genommen werden. Insgesamt handelt es sich eher um einen journalistisch-oberflächlichen Band, der aber als gelungene Einführung in das Thema gelesen werden kann. Bei einem Buch aus Österreich vermisst man ein Kapitel über Österreich. Darauf geht der Herausgeber in der Einleitung kurz ein, wenngleich die Begründung nicht ganz zu überzeugen vermag: Er meint dort, man wolle die *Freiheitliche Partei Österreichs* (FPÖ) anderen Experten überlassen.

Armin Pfahl-Traugher

**Wodak, Ruth: Politik mit der Angst.
Zur Wirkung rechtspopulistischer
Diskurse. Wien–Hamburg: Edition
Konturen 2016. 254 S.**

Rechtspopulismus ist als politische Strömung zu definieren, die einerseits einen Ethnonationalismus praktiziert, damit postuliert, dass die Staaten ethnisch und national in Vergangenheit einheitlich gewesen wären und in Zukunft zu sein hätten, und andererseits politische, soziale und kulturelle Konflikte auf „Fremde“ schiebt. Damit wird die reale Vermischung der Menschen in den Staaten geleugnet, die die Geschichte und vor allem Lebensgeschichten begleitet, und aus den verschiedensten „Fremden“ werden Sündenböcke für gesellschaftliche und sonstige Probleme gemacht. Diese „Fremden“, die sich im In- und Ausland befinden können, werden zu gefährlichen Bedrohungen hochgespielt und dadurch wird Angst vor ihnen geschürt. Diese Angst- und damit auch Aggressionsproduktion hat sich mit den Finanz- und Europakrisen verstärkt, dem ging Ruth Wodak in ihrer sprachwissenschaftlichen Diskursstudie nach.

Aufgrund des Aufstiegs der FPÖ hatte sich Wodak schon lange mit dem Rechtspopulismus zu beschäftigen, musste aber in letzter Zeit feststellen, dass dessen internationaler Aufstieg und auch dessen Professionalisierung neue Qualitäten hervorbrachten. Dabei musste ein inhaltliches Bündnis zwischen den Medien und den rechtspopulistischen Parteien auffallen, das über gemeinsame Vorurteilsstrukturen und das Mittel der Skandalisierung eine neue Öffentlichkeit kreieren konnte. Die Skandalproduktion der Rechtspopulisten war in der Lage, ein „rechtspopulistisches Perpetuum mobile“ in Gang zu bringen (S. 38 ff.), das über Provokation, Abschwächung, Übertreibung und Täter-Opfer-Umkehr sowie Verschwörungskon-

struktionen eine Hegemonie vor allem in den Boulevard- und sozialen Medien erreichte. Dieses „Perpetuum mobile“ ist in sich abgeschlossen und kann durch einen rationalen Diskurs kaum beeinflusst werden. Durch die Verbindung mit den Medien ist es beinahe zum Mainstream geworden. Daher ist es nicht mehr möglich, dieses Vehikel einfach zu ignorieren, weil es so viele Menschen beeindruckt und damit mehrheitsfähig zu werden beginnt. Andererseits ist es mühselig und kraftraubend, diesem Zirkel der irrationalen Vorurteile zu entgegnen. Ruth Wodak hat viele Beispiele dieses „rechtspopulistischen Perpetuum mobile“ analysiert. Dadurch gewinnt ihr Buch an Anschaulichkeit um den Preis von Redundanzen in der wissenschaftlichen Analyse, da dieses Propagandainstrument immer ähnliche Methoden verwendet. Wodak hatte sich immer in der gleichen „Soße“ zu drehen, was Mühsal und die Schwierigkeit bedeutet, dieses „Perpetuum mobile“ durch einen rationalen Diskurs zum Stehen zu bringen.

Die Rechtspopulisten skandalisieren etwas, die Boulevard- und sozialen Medien greifen es auf, worauf die Rechtspopulisten mit diesem Rückenwind wieder weiterarbeiten können. Bedrohlich ist, dass die Rechtspopulisten am professionellsten die Klaviatur der sozialen Medien bedienen. Die Facebook-Seite von Strache ist die Erfolgreichste in der österreichischen Politik und verknüpft die Vorurteile der FPÖ mit jenen der Boulevardpresse auf das Trefflichste. (Noura Maan, Fabian Schmid, Markus Hametner, „Zur Info“: Straches Facebook-Welt, in: Der Standard 1./2. 10. 2016, S. 4 f.) Dieses Gemisch aus Flüchtlings- und Fremdenfeindlichkeit, Islamfeindschaft, Wohlfahrtschauvinismus – Sozialhilfe nur für die „Unsrigen“, kleinbürgerlicher Häme gegen weltoffene Gebildete – Schickeria-Vorwurf, Robin-Hood-Getue und einem engen und luftabschnürenden Heimatbegriff rast durch das Internet und stachelt den Mut der Anonymen zum Exzess an. All das kann nicht mehr ignoriert werden. Die anderen politischen Kräfte passen sich entweder an oder gehen mit diesen Aufgüssen zu nobel um. Das Aufknacken des „rechtspopulistischen Perpetuum mobile“ müsste zur alltäglichen Praxis werden, auch wenn einen das ganz und gar nicht freut, allerdings ohne die eigene Agenda zu vergessen.

Die Rechtspopulisten nehmen zur Zeit ihren Antisemitismus, wohl aus taktischen Gründen, etwas zurück, aber Wodak zeigt sehr eindringlich, dass der Antisemitismus eine der Urformen der Aussonderung einer Minderheitengruppe als „Sünden-

böcke“ darstellt. Dabei betont sie, dass in der Phase des Nationalismus die vermeintliche „Heimatlosigkeit, Ruhe- und Wurzellosigkeit“ der Juden zum Gegenpol der Heimatfindung im Nationalstaat konstruiert wurde. „Den Juden wurde die Fähigkeit zur Bildung einer ‚authentischen‘ Nation abgesprochen, sie wurden regelrecht als ‚aliens‘ innerhalb der Nationen angesehen, manchmal auch als ‚Parasiten‘. Man diffamierte sie auch als ‚Kosmopoliten‘ und ‚Antinationalisten‘. Die Gestalt des ‚antinationalen Juden‘ wurde damit zur Projektionsfläche für uneingestandene Unsicherheiten, Schwächen und Antagonismen des modernen Nationalstaates.“ (S. 115, kursiv im Original.) Die Diaspora und die Erhaltung der jüdischen Kultur in derselben wurden und werden nicht verziehen. Ihre „Zerstreuung“ und Koexistenz mit anderen Kulturen bei Beibehaltung einer kulturellen Eigenständigkeit wurde besonders in der Zeit des *Nation-building* der nichtjüdischen Völker zu einer Lebensweise, die die „Nationalen“ ablehnten oder zerstören wollten. Haben die Deutschnationalen angesichts der öffentlichen Aufarbeitung der Naziverbrechen und der Vernichtung und Vertreibung der meisten Juden und Jüdinnen aus Europa ihren Antisemitismus etwa abgemildert? Lläuft der „Antisemitismus ohne Juden“ gar aus? Trotz peinlicher Anbieterungsversuche der FPÖ z. B. an rechte Parteien in Israel werden das Thema der „jüdischen Weltverschwörung“ nach wie vor aufgeköcht und antisemitische Vorurteile bedient, aber meist bedeckt, in Andeutungen. Aktuell scheinen sich die Muslime in Europa besser als Sündenböcke zu eignen als die durch Massenmord klein gewordenen jüdischen Gemeinden.

Mit dem Ethnonationalismus und einer Sündenbockpolitik geht auch eine Aufwertung der weißen christlichen Bevölkerung mit einer rückwärtsgewandten Geschlechterpolitik einher. Zum Rassismus kommt eine sexistische und abwertende Frauenpolitik mit einem heftigen Schuss Homophobie, das alte „autoritäre Syndrom“ entsteht mit geringfügig modernisierten Ingredienzien wieder. Der Angriff gegen „Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit“ formiert sich mit einer Heftigkeit, nachdem der Neoliberalismus aus der Implosion des „realen Sozialismus“ gestärkt hervorgehen konnte. Das permanente Aufknacken des „rechtspopulistischen Perpetuum mobile“ wird mit einer gründlichen Kritik des Neoliberalismus zu begleiten sein, denn das rechtspopulistische Theater wächst auf engen ökonomischen und sozialen Vorstellungen. Ohne grundlegende Kritik des gefährdeten gesellschaftlichen Seins wird man nicht auskommen, das sollte man auch sagen, wenn man kein großes Vertrauen in die oppositionellen Kräfte Europas hat. Auch Ruth Wodak formuliert am Ende ihres Buches die Warnung, sich nicht nur auf das System der Rechtspopulisten zu konzentrieren, sondern ihnen ein „alternatives Bezugssystem“ gegenüberzusetzen. Sie fordert einer „Politik mit Angst und Neid“ eine „Politik der Solidarität“ entgegenzustellen, einer Politik, die für „Wohlbefinden“, Inklusion und Solidarität steht (S. 213) und sich gegen Menschen- und Naturzerstörung richtet. Eine Alternative zu den Politiken der Zerstörung wird es brauchen, und sie wird machtbewusst sein müssen, denn die Zerstörer sind es ganz besonders.

Bernhard Kuschey

Offenlegung gemäß § 25 Mediengesetz:

Medieninhaber: Verein „Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes“, 1010 Wien, Wipplingerstraße 8. Vereinsvorstand: Präsident: BM a. D. Rudolf Edlinger. Vizepräsidenten: Albert Dlabaja, KR Dr. Gerhard Kastelic, Dkfm. Dr. Claus J. Raidl, Prof. Hannes Schwantner. Kassierin: Univ.-Doz. Dr. Brigitte Bailer. Kassier-Stv.: MR PD Dr. Helmut Wohnout. Weitere Mitglieder: Sr. Dr. Edith Beinhauer, Univ.-Prof. Dr. Ernst Berger, Präs. der IKG Oskar Deutsch, Obersenatsrat Univ.-Prof. Dr. Hubert Christian Ehalt, MMag. Markus Figl, Prof. Rudolf Gelbard, DDr. Barbara Glück, Sekt. Chef i. R. Dr. Wilhelm Grimburg, Univ.-Prof. Dr. Gabriella Hauch, Präs. d. VwGH Univ.-Prof. Dr. Dr. h. c. Clemens Jabloner, RA Dr. Heinrich Keller, Mag. Hannah Lessing, Willi Mernyi, Dr. Ariel Muzicant, Hon.-Prof. Dr. Wolfgang Neugebauer, Assoz.-Prof. Dr. Bertrand Perz, Dr. Gerhard Schmid, Bezirksvorsteher i. R. Dr. Richard Schmitz, OSR Dr. Kurt Scholz, Mag. Terezija Stoisits, MR Mag. Manfred Wirtitsch. Wissenschaftlicher Leiter: Dr. Gerhard Baumgartner. Kontrolle: Mag. Eva Blimlinger, Helma Straszniczky, Peter Weidner.

Richtung: Verbreitung von Informationen im Sinne der Grundsatzklärung des DÖW von 1963: „Das Archiv soll vor allem durch dokumentarische Beweise der zeitgeschichtlichen Erziehung der Jugend dienen. Sie soll mit den schrecklichen Folgen des Verlustes der Unabhängigkeit und Freiheit Österreichs sowie mit dem heldenhaften Kampf der Widerstandskämpfer bekannt gemacht werden. Das Archiv soll als bleibende Dokumentation verwahrt werden.“

An der Herstellung dieser Nummer wirkten mit: Herwig Czech, Eva Kriss, Bernhard Kuschey, Claudia Kuretsidis-Haider, Wolfgang Neugebauer, Armin Pfahl-Traughber, Paul Weindling.

Impressum: Verleger, Herausgeber und Hersteller: Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes, Wipplingerstraße 8 (Altes Rathaus), 1010 Wien; Redaktion ebenda (Christa Mehany-Mittertutzner, Tel. 22 89 469/322, e-mail: christa.mehany@doew.at; Sekretariat, Tel. 22 89 469/319, Fax: 22 89 469/391, e-mail: office@doew.at; web: www.doew.at).

Ich bestelle folgende Publikationen:

- Jonny Moser, **Demographie der jüdischen Bevölkerung Österreichs 1938–1945**, Wien 1999, 86 S., € 4,30 ... Stück
- Josef Hindels, **Erinnerungen eines linken Sozialisten**, Wien 1996, 135 S., € 6,50 ... Stück
- Kombiangebot*
Gedenken und Mahnen in Wien, Gedenkstätten zu Widerstand und Verfolgung, Exil, Befreiung. Eine Dokumentation, hrsg. v. DÖW, Wien 1998
und
Gedenken und Mahnen in Wien. Ergänzungen I, Wien 2001. € 13,- (statt € 15,-) ... Stück
- Gerhardt Plöchl, **Willibald Plöchl und Otto Habsburg in den USA**. Ringen um Österreichs „Exilregierung“ 1941/42, Wien 2007, 288 S., Ladenpr. € 9,90 ... Stück
- Wolfgang Form/Oliver Uthe (Hrsg.): **NS-Justiz in Österreich**. Lage- und Reiseberichte 1938–1945. Schriftenreihe des DÖW zu Widerstand, NS-Verfolgung und Nachkriegsaspekten, Bd. 3, LIT Verlag 2004, LVIII, 503 S., **Sonderpreis € 25,-** (Ladenpr. € 49,90) ... Stück
- Institut Theresienstädter Initiative/DÖW (Hrsg.) **Theresienstädter Gedenkbuch**. Österreichische Jüdinnen und Juden in Theresienstadt 1942–1945, Prag 2005, 702 S., € 29,- ... Stück
- Herbert Exenberger/Heinz Riedel, **Militärschießplatz Kagran**, Wien 2003, 112 S., € 5,- ... Stück
- DÖW, **Katalog zur permanenten Ausstellung**. Wien 2006, 207 S., 160 Abb., € 24,50 ... Stück
- DÖW, **Catalog to the Permanent Exhibition**, Wien 2006, 95 S., über 100 Abb., € 14,50 ... Stück
- Bewahren – Erforschen – Vermitteln**. Das Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes, Wien 2008, 190 S., € 13,50 ... Stück
- Martin Niklas, „... die schönste Stadt der Welt“. **Österreichische Jüdinnen und Juden in Theresienstadt**. Wien 2009, 232 S., € 19,90 ... Stück
- Forschungen zum Nationalsozialismus und dessen Nachwirkungen in Österreich**. Festschrift für Brigitte Bailer, hrsg. vom DÖW, Wien 2012, 420 S., € 19,50 ... Stück
- Rudolf Agstner / Gertrude Enderle-Burcel / Michaela Follner, **Österreichs Spitzendiplomaten zwischen Kaiser und Kreisky**. Biographisches Handbuch der Diplomaten des Höheren Auswärtigen Dienstes 1918 bis 1959, Wien 2009, 630 S., € 29,90 ... Stück
- Heinz Arnberger / Claudia Kuretsidis-Haider (Hrsg.), **Gedenken und Mahnen in Niederösterreich**. Erinnerungszeichen zu Widerstand, Verfolgung, Exil und Befreiung, Mandelbaum Verlag 2011, 712 S., Ladenpr. € 39,90 ... Stück
- Florian Freund, **Die Toten von Ebensee**. Analyse und Dokumentation der im KZ Ebensee umgekommenen Häftlinge 1943–1945, Braintrust, Verlag für Weiterbildung 2010, 444 S., € 29,- ... Stück
- Barry McLoughlin / Josef Vogl, „... Ein Paragraph wird sich finden“. **Gedenkbuch der österreichischen Stalin-Opfer (bis 1945)**, hrsg. v. DÖW, Wien 2013, 622 S., € 24,50 ... Stück
- Wolfgang Neugebauer, **Der österreichische Widerstand 1938–1945**, überarb. u. erw. Fassung, Edition Steinbauer 2015, 351 S., € 22,50 ... Stück
- Wolfgang Neugebauer, **The Austrian Resistance 1938–1945**, Edition Steinbauer 2014, 336 S., € 22,50 ... Stück
- Fanatiker, Pflichterfüller, Widerständige. Reichsgaue Niederdonau, Groß-Wien**, Jahrbuch 2016, hrsg. v. DÖW, Wien 2016, 412 S., € 19,50 ... Stück
- 80 Jahre Internationale Brigaden**. Neue Forschungen über österreichische Freiwillige im Spanischen Bürgerkrieg, hrsg. v. DÖW u. Vereinigung österreichischer Freiwilliger in der Spanischen Republik 1936–1939 und der Freunde des demokratischen Spanien, Wien 2016, 157 S., € 12,50 ... Stück
- Wieder erhältlich:* Jakob Rosenberg / Georg Spitaler, **Grün-weiß unterm Hakenkreuz**. Der Sportklub Rapid im Nationalsozialismus, hrsg. v. SK Rapid und DÖW, Wien 2011, 303 S., EUR 18,99 ... Stück
- „Vor unserem Herrgott gibt es kein unwertes Leben“. Die Predigt von Diözesanbischof Michael Memelauer bei der Silvesterandacht am 31. Dezember 1941 im Dom zu St. Pölten, hrsg. v. DÖW u. Diözesanarchiv St. Pölten, St. Pölten 2017, 42 S., € 5,- ... Stück
- Österreichische Ärzte und Ärztinnen im Nationalsozialismus**, Jahrbuch 2017, hrsg. v. Herwig Czech u. Paul Weindling im Auftrag des DÖW, Wien 2017, 303 S., € 19,50 ... Stück

Name:

Adresse:

Unterschrift:

Telefonische Bestellungen bitte unter 22 89 469/319.

**Österreichische Post AG/
Sponsoring.Post**

Zulassungs-Nr.
02Z031276 S

Verlagspostamt
1010 Wien